

Zur Entwicklung des Ruhrkohlenbergbaus zwischen 1945 und 1980

Evelyn Kroker

„Es kommt auf jede Tonne an! Die Förderung liegt in deiner Hand“, ermahnte der erhobene Zeigefinger auf einem Plakat der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung von 1948, als es darum ging, die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkrieges zu überwinden. Doch selbst nachdem der Bergbau von den Besatzungsmächten in deutsche Hände zurückgegeben worden war, dauerte es noch lange Jahre, bis im Steinkohlenbergbau an der Ruhr das Produktionsniveau der Vorkriegszeit wieder erreicht werden konnte.

Der zeitgeschichtliche Rückblick auf jene Jahre der größten Anstrengungen aller im Ruhrbergbau Beteiligten ruft in die Erinnerung zurück, welch fundamentalen Anteil er an der Entfaltung des deutschen Wirtschaftswunders hatte. Doch die Expansionsphase dauerte nur bis 1957: Noch während auf europäischer Ebene über einen weiteren Ausbau der Förderkapazitäten auf lange Sicht nachgedacht wurde, setzte die bis heute andauernde Krise des Steinkohlenbergbaus ein. Selbst rigorose Rationalisierungsmaßnahmen und die Gründung der Einheitsgesellschaft als Alternative zur Sozialisierung konnten die strukturellen Probleme nicht lösen, mit denen diese sichere, aber teure heimische Energiebasis behaftet ist.

Kriegsfolgen

Als im März/April 1945 englische und amerikanische Truppen das Ruhrgebiet besetzten, glich das Land einem riesigen Trümmerfeld. Neben den gewaltigen Bombenschäden in den Städten waren insbesondere die Verkehrsanlagen und Transporteinrichtungen stark zerstört. Die Steinkohlenförderung war im

Juni mit einer arbeitstäglichen Förderung von rd. 109 000 t gegenüber 425 000 t im Jahre 1939 auf ein Minimum gesunken. Zwar hatten die Überbaueanlagen starke Beschädigungen erlitten, doch erwies sich der Zerstörungsgrad der meisten Schachtanlagen als weniger gravierend als es zunächst den Anschein hatte¹. Die konsequente Nichtbefolgung des 1944 von Hitler erlassenen Selbstzerstörungsbefehls bei Einmarsch der alliierten Truppen durch die Werksdirektoren unter der Duldung von Albert Speer hatte dies verhindert².

Doch der Substanzverlust der vergangenen Jahre mit der Vernachlässigung der notwendigen Aus-, Vorrichtungs- und Unterhaltungsarbeiten, einem unerhörten Raubbau und anderen kriegsbedingten Beeinträchtigungen und Beschädigungen hatte die Fördermöglichkeiten stark eingeschränkt. Durch den mehr als 40%igen Anteil von Fremd- und Zwangsarbeitern an der Belegschaft stellte sich nach Kriegsende die Beschäftigungssituation als katastrophal dar, ganz davon abgesehen, daß über drei Viertel der Bergarbeiterwohnungen zerstört oder stark beschädigt waren. Die Versorgungs- und Ernährungslage der Bevölkerung war mehr als unzureichend. Alle diese Faktoren behinderten die dringend notwendige Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Steinkohle.

In Potsdam hatten sich die Alliierten auf die Entmilitarisierung und Teilung Deutschlands sowie die Kontrollierung und Dezentralisierung des deutschen Wirtschaftslebens verständigt. Ziel war die „Vernichtung der gegenwärtigen übermäßigen Konzentration“ der Wirtschaftskraft, symbolisiert insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinbarungen³. Diese

Abmachungen wurden dann konkretisiert in der Allgemeinen Verfügung Nr. 5 der britischen Militärregierung vom 22. Dezember 1945. Sie stellte den gesamten Bergbau einschließlich der Nebenproduktengewinnung „unter das Recht der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrolle durch die Militärregierung“⁴. Die ehemaligen Gemeinschaftsorganisationen des Bergbaus wie Bergbau-Verein, Bezirksgruppe Ruhr und allen voran das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat waren im Verlauf des Jahres 1945 bereits aufgelöst worden⁵.

Im Juli 1945 errichtete die britische Militärregierung die German Mines Supplies Agency mit Sitz in Essen-Heisingen. Leiter dieser Versorgungszentrale wurde Bergassessor a. D. Reinhard Wüster. Sie fungierte als Besteller und Kontingentverteiler für die einzelnen Betriebe. Dazu gehörten die Beschaffung von Baumaterialien, Maschinen und anderen Bedarfsgütern. Die Agency übernahm auch die Versorgung der Bergleute mit Lebensmitteln und Textilien und brachte die Anwerbung der dringend benötigten Arbeitskräfte in Gang. Sie wurde später unter dem Namen Bergbaubedarf-Beschaffungszentrale in die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) eingegliedert und 1949 aufgelöst⁶.

Die Verwaltung der Bergwerke wurde von der North German Coal Control (NGCC) – mit Sitz auf der Villa Hügel in Essen – für die britische Besatzungszone übernommen. Ende 1947 wurde sie mit Eintritt der Amerikaner in UK/US Coal Control Group (CCG) und nach Beitritt der Franzosen 1949 in Combined Coal Control Group (CCCG) umbenannt⁷.

Ankurbelung der Produktion

Oberstes Gebot war es in den ersten Monaten nach Kriegsende, die Steinkohlenförderung, die Koks- und Brikettproduktion sowie die Gas- und Stromerzeugung wieder in Gang zu bringen. Besondere Probleme bei der Wiederaufnahme der Förderung bereitete neben den unmittelbaren Kriegsschäden die geringe Arbeitslust der Bergleute⁸. Sie blieben beispielsweise willkürlich von der Arbeit fern, um durch „Hamsterfahrten“ die Lebensmittelversorgung für die Familien wenigstens einigermaßen sicherzustellen. Auch hielten viele Bergleute aufgrund der katastrophalen Ernährungslage die Strapazen der noch bestehenden 10stündigen Schichtzeit nicht durch. Aufgrund des fühlbaren Mangels an Kohlenhauern wurden grubentaugliche Belegschaftsmitglieder des Übertagebetriebes in die Gruben verlegt. Auch Anfang des Jahres 1946 noch sahen sich die Militärverwaltung und die Behörden genötigt, mit Aushängen und Bekanntmachungen bei Androhung harter Strafen u. a. die Einhaltung der Arbeitsdisziplin, insbesondere das regelmäßige Verfahren der Arbeitsschichten durch die Belegschaften, einzufordern⁹. Als wirksamste Sanktionen wurden die Entziehung der Zusatzlebensmittelkarten und die Ausweisung aus Wohnungen angedroht. Unter enormen Schwierigkeiten stiegen die Steinkohlenförderung im Jahre 1946 auf 50,5 Mio. t und die Kokserzeugung auf 8,7 Mio. t an und erreichten damit dennoch nicht einmal den Stand von 1900¹⁰.

Die sog. Anspornpläne gehörten zu den wichtigsten produktionspolitischen Maß-

nahmen der Nachkriegszeit, die einerseits den Bergbau mit den fehlenden Arbeitskräften versorgen, andererseits jeden einzelnen Bergmann motivieren sollten, alle Kräfte für die Steigerung der Kohlenförderung zu mobilisieren¹¹.

Von Juli 1946 bis März 1947 versuchte eine auf privater Initiative beruhende amerikanische Hilfsorganisation mit der Lebensmittelpaket-Aktion Care (= Cooperative for American Remittances to Everywhere) die akute Nachkriegsnot zu lindern. Besonders die schwer arbeitenden Bergleute waren auf diese Aktion angewiesen. Die Ausgabe der Care-Pakete an die Grubenarbeiter war an das Erreichen eines bestimmten Fördersolls gebunden¹².

Auch mit einer 20%igen Lohnerhöhung im Ruhrbergbau vom November 1946 sollten die Belegschaften zu größerer Leistungssteigerung motiviert werden. Zusätzlich wurde im Januar 1947 (bis September 1948) das sog. Bergarbeiter-Punktsystem zur bevorzugten Versorgung mit Speck, Kaffee, Zucker, Branntwein, Zigaretten und Gegenständen des täglichen Bedarfs eingeführt, als unmittelbarer Anreiz zur Förderungssteigerung¹³. Zu den Bemühungen um eine Steigerung der Kohlenförderung gehörte auch das Importwaren-Kaufmarken-System (IK), bei dem ein Teil der beim Kohlenexport erlösten Devisen zum Einkauf ausländischer Lebensmittel verwandt wurde. Diese Aktion wurde zum Jahresbeginn 1949 von der „Sonderversorgung Kohlenbergbau“ abgelöst. Dennoch kam es u. a. aufgrund des überharten Winters 1946/47 zu Hungerdemonstrationen im Ruhrbergbau¹⁴.

Neben der Verbesserung der Lebensmittelversorgung für die Bergleute, für die mit den Care-Paket-Aktionen, dem Punktsystem und dem IK-System große Anstrengungen unternommen worden waren, und die beispielsweise die Zahl der Feierschichten spürbar zurückgehen ließen, konnte auf Dauer die Erhöhung der Förderung nur durch den Neuaufbau der Belegschaften ermöglicht werden. Die Praxis der Militärregierung im ersten Nachkriegsjahr auf das aus der NS-Zeit bekannte Instrumentarium der Dienstverpflichtungen zurückzugreifen, zeigte keinerlei positive Wirkung. So kehrten 1946 durchschnittlich 73 % der so eingesetzten Bergleute wieder ab, so daß man seit Ende 1946 nur noch Freiwillige anwarb¹⁵. Diese wurden in allen Teilen Deutschlands durch gezielte Kampagnen gewonnen; für viele dieser Neubergleute bot der Bergbau – zumal in der Zeit bis zur Währungsreform – zunächst einmal die Möglichkeit, kontinuierlicher als den Zeitumständen entsprechend an der Versorgung mit Lebensmitteln, den anderen täglichen Bedarfsgütern und Wohnraum teilzuhaben¹⁶.

Von Juni 1945 bis Ende 1951 erhöhte sich die Belegschaft im Ruhrbergbau von 195 000 auf 417 000¹⁷. Die Zuwanderer kamen vor allem aus landwirtschaftlich geprägten Landesteilen wie Bayern und Schleswig-Holstein, viele waren Hilfsarbeiter. Nachdem die Beschäftigtenzahl Ende 1946 wieder rd. 300 000 betragen hatte, belief sich der monatliche Zuzug ab Mitte 1947 sogar auf 15 000, so daß im Herbst 1947 der Belegschaftsstand mit knapp 350 000 wieder rd. 90 % der Kriegshöchstziffer erreicht hatte¹⁸.

Dennoch blieb das Arbeitskräftepotential noch auf Jahre ein zentrales Problem, zumal die Fluktuation unter den Neubergleuten hoch war. Auch die Altersstrukturierung der Belegschaften blieb ein neuralgischer Punkt, da die Altersklassen zwischen 31 und 40 zu niedrig und die Altersklassen über 45 Jahren zu hoch lagen. Die Methode, Fördersteigerungen im wesentlichen durch Neueinstellungen zu bewerkstelligen, konnte beschäftigungspolitisch auf Dauer allein nicht der einzige Hebel zur Produktivitätssteigerung sein. Ebenso wichtig war die Anhebung der Einzelleistung der bereits beschäftigten Arbeiter. 1936 betrug die Schichtleistung 2,1 t je Mann und Schicht, sie sank 1946 auf 1,19 t ab und kam auch 1953 erst auf 1,48 t heran¹⁹.

Zwar hatten die Alliierten im Potsdamer Abkommen vom Juli 1945 als unerläßliche Grundlage zur Gesundung und Rekonstruktion der deutschen Wirtschaft die Erhöhung der Kohlenförderung proklamiert, der Weg dahin war jedoch mit einer ganz erheblichen Reihe von Widerständen gepflastert: Dem zeitweili-

Abb. 1: Zeche Amalie, Essen, 1944 – sämtliche Abbildungen Deutsches Bergbau-Museum Bochum



gen Verbot der Ausrichtung unter Tage, der Festschreibung der Kohlenpreise, der Vorenthaltung der Exporterlöse und damit der Verhinderung notwendiger Investitionen, dem allgemeinen Mangel an Roh- und Betriebsstoffen sowie Demonstrationen in der Bergbau-Zulieferindustrie²⁰.

Deutsche Kohlenbergbau-Leitung

Mit der Gründung der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung am 18. November 1947 ging nicht nur die Verwaltung der Zechen wieder in deutsche Hände über, eine ehemals eher restriktive oder negative alliierte Wirtschaftspolitik änderte ihre Einstellung. Zuvor hatten im August/September 1947 in Washington wirtschaftspolitische Besprechungen zwischen den USA und Großbritannien stattgefunden, bei denen u. a. Maßnahmen zur Steigerung der Ruhrkohlenförderung erörtert wurden. Ergebnis war u. a. die Einsetzung der DKBL mit Sitz in Essen.

Sie war der Militärregierung im britischen und amerikanischen Kontrollgebiet für die Leistungsfähigkeit von Betrieb und Verwaltung der Stein- und Braunkohlenbergbau-Industrie und für die Lenkung der Produktion, der Verladung und des Versands in Übereinstimmung mit etwaigen von der Militärregierung oder mit deren Ermächtigung erlassenen Direktoren verantwortlich²¹.

An der Spitze der DKBL stand der von der Militärregierung ernannte Generaldirektor, Bergassessor a. D. Heinrich Kost²², der seinerseits die ihm zur Unterstützung beigegebenen Abteilungsdirektoren im Benehmen mit der Militärregierung zu ernennen hatte (Abb. 2). Ferner wurde ein Beirat gebildet, der sich aus sechs Vertretern der Unternehmen und sechs Vertretern der Gewerkschaften zusammensetzte.

Die DKBL unterstand den Weisungen und Richtlinien der UK/US Coal Control Group. Diese hatte ein Vetorecht gegenüber allen Entscheidungen der DKBL, genehmigte ihre finanziellen Ausgaben und auch die der Zechen. Außerdem bestimmte sie die Exportzuteilungen und setzte die Kohlenverkaufspreise fest.

Als verbindendes Organ zwischen der DKBL und den Bergbauunternehmen fungierten die beratenden Fachausschüsse, die sich um technische und wirtschaftliche Fragen kümmerten. Die Bergwerksgesellschaften waren in zehn Bezirken zusammengefaßt, die nebenamtlich von einem Bergwerksdirektor geleitet wurden. Die DKBL beschäftigte zu Beginn des Jahres 1948 1150 Mitarbeiter, bei ihrer Liquidation Mitte 1953 noch knapp 800. Die Kosten mußten die Bergbauunternehmen durch eine Um-

lage von 11,5 Pf je Tonne aufbringen, Heinrich Kost arbeitete ehrenamtlich²³.

Mit dem Gesetz Nr. 75 vom 10. November 1948 wurde der Rahmen für die „Reorganisation der Deutschen Kohlen-, Eisen- und Stahlwirtschaft“ festgelegt²⁴. Zugleich wurde damit ein fünfjähriger Aufschub für die endgültige Regelung der Eigentumsfrage, deren Hauptziel in der Herauslösung der Zechen aus ihrem bisherigen Konzernverbund bestand, festgesetzt, um zunächst alle Anstrengungen auf den Produktionsanstieg und die Stabilisierung der Kohlenwirtschaft zu konzentrieren. Den eigentlichen Start für den westdeutschen Steinkohlenbergbau hat man daher erst Mitte 1948 – nach der Währungsreform und dem Marshallplan – anzusetzen.



Abb. 2: Heinrich Kost, Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung

Obwohl nun eine Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Expansion einsetzte, blieb es bei Engpässen in der Kohleproduktion²⁵. Zwar waren im wesentlichen die Transportprobleme der Jahre 1946/47, die Ernährungskrise von 1947 und der gravierende Arbeitskräftemangel behoben, doch kam es – ausgelöst durch die Korea-Krise 1950/51 und die von der Internationalen Ruhrbehörde festgesetzten Zwangsexporte – erneut zu einer Kohlenknappheit.

Kleinzechen

Angesichts der chronischen Unterversorgung der westdeutschen Nachkriegswirtschaft mit Kohle ist in aller Kürze auf ein Phänomen zu verweisen, das bisher bei der Betrachtung des Nachkriegsbergbaus ganz außer Betracht geblieben ist: die Rolle des Kleinbergbaus und der sog. Kleinzechen²⁶. Insbesondere für die Hausbrandversorgung und für die

Energiebedarfsdeckung kleiner Industrie- und Gewerbebetriebe waren die zahlreichen nach 1945 entstandenen Kleinzechen, Stollen- und Schürfbetriebe von außerordentlicher Bedeutung. Die Entwicklung der Kleinzechen läßt sich in zwei Phasen einteilen: In dem Zeitraum von 1945 bis 1948 stand der Kohlenabbau für gemeinnützige Zwecke im Vordergrund, von 1949 bis etwa 1958 hatte der Kleinbergbau wirtschaftliche Bedeutung für die Bedarfsdeckung der aufstrebenden, meist montanfremden Klein- und Mittelindustrie (Abb. 3).

Die Gründung der Kleinzechen setzte unmittelbar nach dem Kriegsende ein. Im Gegensatz zum „wildem Abbau“ durch Einzelpersonen, die die Kohlen vermeintlich im Rahmen der Selbstversorgung abbauten, gleichwohl aber nicht nur für den Hausbrand verwandten, sondern sie zu mitunter hohen Preisen verkauften, erfolgte sie zunächst etwas zögernd. Aber schon für die zweite Hälfte des Jahres 1948 lassen sich 30 Neugründungen nachweisen. Sie wurden von den Militärbehörden nicht nur geduldet, sondern nachdrücklich begrüßt. Die Alliierten forderten zugleich die Kontrolle der Produktion durch die kommunalen Wirtschaftsämter, die für die Verteilung der Kohlen Sorge zu tragen hatten. Diese Bedingung wurde 1947 von der DKBL übernommen, die nunmehr die Abbaugenehmigungen erteilte.

EGKS und wirtschaftliche Konsolidierung

Im Jahr 1951 fielen für die Verfassung, Struktur und zukünftige Entwicklung des deutschen Steinkohlenbergbaus grundlegende Entscheidungen: Im April 1951 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes gegründet. Vertragsländer neben der Bundesrepublik Deutschland waren Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande²⁷. Das jahrelange Ringen um die Durchsetzung der Montanmitbestimmung fand im Mai seinen Abschluß im „Gesetz über die Durchsetzung der Montanmitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“²⁸.

Mit der Aufhebung des Ruhrstatus und der Auflösung der seit 1948 bestehenden Internationalen Ruhrbehörde fielen die letzten Schranken der Produktionsbeschränkung für die deutsche Steinkohle²⁹. Zur Förderung und Sanierung der Grundstoffindustrien wurde am 7. Januar 1952 das Investitionshilfegesetz erlassen. Es war im Kern eine Selbsthilfeaktion der deutschen Wirtschaft zur Expansion bzw. Solidierung der Grundstoffindustrie³⁰.

In seinem Bericht zur Lage der Kohlenwirtschaft im Bundesgebiet im Jahr 1952 resümierte der Generaldirektor der DKBL: „Eine Fülle von Problemen, die bewältigt sein wollten, bedrängte den Kohlebergbau, und oft sah es so aus, als ob niemals so viel zusammengekommen sei, das entschieden werden mußte, wie gerade 1952. Es ging um die Fragen der Neuordnung der Gesellschaften, des Gemeinschaftsverkaufs, der überbetrieblichen Organisationen des deutschen Kohlenbergbaus und der Montanunion, es galt, den bisherigen Anstieg der Förderung in Fluß zu halten. Die Fragen des Kohlenpreises begleiteten uns das ganze Jahr hindurch, und zum Ende des Jahres hin standen besonders die Verhandlungen über die Schichtzeitverkürzung unter Tage an“³¹.

Mit gutem Grund konstatierte Heinrich Kost, daß das Jahr 1952 einen bestimmten Abschnitt des deutschen Steinkohlenbergbaus insofern bildete, als es im großen und ganzen den Wiederaufbau des deutschen Steinkohlenbergbaus beendete. Der jahrelange Kohlenmangel war beendet, wenngleich freilich auch nur aufgrund ungewöhnlich hoher Kohlenimporte aus Amerika. Die Steinkohlenförderung der Bundesrepublik hatte sich 1952 auf 123,3 Mio. t erhöht. Mit einem Zuwachs von 4,4 Mio. t gegenüber dem Vorjahr stand der deutsche Förderanstieg an der Spitze der europäischen Bergbauländer. Trotz einer immer noch beträchtlichen Fluktuationsbewegung hatte sich die Zahl der unter Tage Beschäftigten stärker erhöht als 1950 und 1951: Ende 1952 waren im deutschen Steinkohlenbergbau insgesamt 473 600 Personen beschäftigt, davon 328 200 im Untertagebereich. Mit der Beschäftigung

von rd. 14 000 Berglehringen war das Dreifache des Standes von 1938 erreicht³².

Expansionsphase bis 1957

Kam auch nach Meinung der Verantwortlichen im Ruhrbergbau die Ankurbelung aus dem Investitionshilfegesetz viel zu spät und stellte sie obendrein mit rd. 235 Mio. DM, d. h. 25 % am Gesamtaufkommen von 1 Mrd. DM, nur eine Überbrückungshilfe dar³³, so leitete sie doch die bis zur Kohlenkrise von 1957 andauernde Expansionsphase mit einer Welle von Investitionen sowie Mechanisierungs- und Rationalisierungsvorhaben ein. 1953 wurde die tägliche Schichtzeit von 8 auf 7,5 Stunden reduziert. Bis 1957 wurden 50 neue Schächte abgeteuft und 37 Zechen zu 14 Zentral-Förderschachtanlagen zusammengefaßt³⁴. Mit der Doppelschachtanlage Rossenray 1/2 der Bergwerke Essen-Rossenray AG und der Zeche Wulfen der Steinkohlenwerke Mathias Stinnes AG entstanden zwei gänzlich neue Großanlagen. Nach Abschluß der komplizierten Neuordnungs- und Entflechtungsvorgänge 1953 – Rückdrängung der gesellschaftsrechtlichen Verbindung zwischen Rohstoff und Verarbeitung – kam es zwischen 1954 und 1957 zu zahlreichen Rückgliederungen, z. B. der Altenessener Bergwerks AG zur Hoesch AG, der Essener Steinkohlenbergwerke AG zur Mannesmann AG oder der Bergbau AG Constantin der Große zum Bochumer Verein³⁵.

Als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Juni 1956 die Preisbindung für Kohle aufhob, gab es im Ruhrbergbau 141 fördernde Schachtanlagen, die Kohlekonjunktur lief auf Hoch-

touren und ließ die Halden zusammenschrumpfen: „Alle Sachverständigen waren sich darin einig, daß der Kohlenbergbau seine einzigartige Bedeutung für die westdeutsche Energieversorgung behalten würde. Im Gegenteil, die Zechengesellschaften sahen nunmehr... eine Chance, endlich marktgerechte, d. h. höhere Preise zu erzielen... Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Bergarbeiter nachhaltig und es schien sich dadurch der personelle Engpaß zu entspannen“³⁶.

In der wirtschaftlichen Hochkonjunktur des Jahres 1956 stieg die Steinkohlenförderung wiederum um 2,8 % von 130,7 auf 134,4 Mio. t. In der Europäischen Gemeinschaft war die Bundesrepublik seinerzeit das einzige Land, das 1956 eine höhere Kohlenförderung als 1955 erreichen konnte. Es war zugleich das Jahr der höchsten Steinkohlenförderung in der Bundesrepublik. Die deutsche Bergbauindustrie bezeichnete die Versorgung der Verbraucher mit inländischer und ausländischer Kohle für das Jahr 1956/57 als „im allgemeinen zufriedenstellend“. Ende August 1957 waren rd. 492 600 Arbeiter im Steinkohlenbergbau des Bundesgebietes beschäftigt³⁷.

Knapp ein halbes Jahr später, am 22. Februar 1958, verfuhrten 16 000 Bergleute der Zechen Katharina und Theodor Heinrich in Essen, Dahlhauser Tiefbau in Bochum, Rosenblumendelle/Wiesche in Mülheim (Ruhr) und Alter Hellweg in Unna die ersten Feierschichten³⁸. Noch Anfang 1958 verhandelte die Hohe Behörde mit dem Ruhrbergbau über den Ausbau der Förderkapazität auf lange Sicht.

Kohlenkrise 1957

„Ist das Ende des Kohlenzeitalters gekommen? Hat die Kohle noch eine Zukunft?“ So beziehungsreich leitete der Unternehmensverband Ruhrbergbau seinen Bericht für die Jahre 1955 bis 1957 ein³⁹.

Was war geschehen? In kürzester Zeit – und von den Experten nicht erwartet – war ein Umschlag von der Knappheit zum Überangebot an Kohle eingetreten, der sich im Januar 1958 bemerkbar machte. Hatten die Haldenbestände an Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Koks Ende 1957 nur 753 000 t betragen, so stiegen sie bis Ende August 1958 auf über 10 Mio. t an⁴⁰.

Auf dem Weltenergiemarkt war 1957 ein Umschwung von der Knappheit zum Energieüberfluß eingetreten, auf den europäischen und deutschen Markt strömten billige Importenergien, allen voran die US-Steinkohle mit nunmehr verbilligten Frachtraten. Deutsche Kohlenhändler und Großverbraucher hatten sich auf-

Abb. 3: Kleinzeche Steinbrink, Bochum-Sundern, 1953



grund der jahrelangen Kapazitätsgrenzen der deutschen Steinkohle durch Importverträge langfristig an amerikanische Lieferungen gebunden. Auch die europäischen Stahlwerke bedienten sich in zunehmendem Maß der Importe von Koks aus Drittländern statt der deutschen Koks, deren Wettbewerbschancen sich zudem nach der politisch spektakulären Preiserhöhung vom 1. Oktober 1957 nicht gerade erhöht hatten⁴¹. Auf massiven Druck der Bergbauverbände, die zu Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (Abb. 4) nicht das beste Verhältnis unterhielten, wurden Anfang 1959 ein Kohlezoll auf Drittländerkohle eingeführt und Importkontingente festgesetzt⁴².

Für die Ablösung bestehender Importverträge gründeten die Bergbauunternehmen der Reviere Ruhr, Aachen, Niedersachsen und Saar die „Notgemeinschaft deutscher Steinkohlenbergbau“. Sie setzten dafür mehr als 300 Mio. DM ein und schufen für die einheimische Steinkohle zusätzliche Absatzmöglichkeiten. Diese Aktion des deutschen Bergbaus war in der Öffentlichkeit nicht unumstritten, zumal sie durch einen langwierigen Prozeß der Hugo Stinnes AG mit der Notgemeinschaft wegen des Verdachts des Abschlusses von

Pro-Forma-Verträgen mit amerikanischen Unternehmen besonders ins Gedächtnis kam⁴³.

Ludwig Erhard hatte aufgrund seines marktwirtschaftlichen Credo stets einem freien Wettbewerb unter den verschiedenen Energieträgern das Wort geredet, ja er „förderte den Wettbewerb auf dem Energiemarkt, weil er in dem bis dahin praktisch bestehenden Energiemonopol der Kohle die Achillesferse der westdeutschen Marktwirtschaft und darüber hinaus einen Hemmschuh für die weitere Modernisierung der westdeutschen Industrie sah“⁴⁴. 1953 war das Heizöl von der Mineralölsteuer und 1956 vom Mineralölzoll befreit worden. Das schwere und leichte Heizöl drängten auf den bisher von der Kohle versorgten europäischen und deutschen Wärmemarkt. Die an Preis- und Absatzvorschriften der Montanunion gebundene Kohle befand und befindet sich seit dem Krisenjahr 1957/58 auf dem Rückzug. Seit 1959 begannen die Stilllegungen an Ruhr und Saar, nachdem bereits 1957 in Niedersachsen zwei Steinkohlenzechen stillgelegt werden mußten. Ab 1958 war die Steinkohle nicht mehr am Zuwachs des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik beteiligt, 1966 wurde sie erstmalig vom Öl überrundet⁴⁵.

Struktur- und Absatzprobleme der 60er Jahre

Die historisch-kritische Einschätzung der Haltung der Hauptbeteiligten auf die Kohlenkrise und deren Folgen steht aufgrund der noch fehlenden intensiven Bearbeitung noch am Anfang, und solange muß auf die Deutungsansätze vor allem von Werner Abelshaus zurückgegriffen werden. Der Bundeswirtschaftsminister und die Spitze der Bergarbeitergewerkschaft stimmten darin überein, daß die Kohlekrise strukturelle Ursachen habe und nicht lediglich konjunkturell bestimmt sei⁴⁶. Ludwig Erhard wollte den nun einsetzenden Verdrängungswettbewerb vor allem mit den Selbststeuerungskräften der am Markt Handelnden regulieren. Die Industriegewerkschaft Bergbau legte bereits 1958 ein langfristig angelegtes Konzept zur Überwindung der Kohlekrise vor, in deren Mittelpunkt neben der Neueinteilung der Kohlenfelder und verstärkter Rationalisierungsbemühungen der Zusammenschluß der Zechen in einer Einheitsgesellschaft und damit die Überführung des Steinkohlenbergbaus in Gemeineigentum standen⁴⁷.

Der Bergbau, der in Erhards sozialer Marktwirtschaft aufgrund seiner naturgegebenen Bedingungen ohnehin nur beschränkt handlungsfäh war, sah sich nun erst recht auf staatliche Subventionen und planende Steuerung angewiesen. Aber trotz einer gut funktionierenden Verbandsstruktur gab es für die Struktur- und Absatzprobleme der kommenden Jahre weder einen übergeordneten Stilllegungsplan noch ein mittel- oder langfristiges Konzept. Wie weit hier die heterogene Eigentümerstruktur im Ruhrbergbau (inländisches Kapital der Stahlindustrie, Einfluß der öffentlichen Hand, ausländisches Kapital) als wesentlicher Hemmschuh wirkte, ist trotz fehlender Einzelstudien zu diesem Komplex mehr als eine Vermutung. Aus heutiger Sicht muß es zumindest überraschen, daß z. B. an der Spitze des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau zwischen 1958 und 1967 mit Helmuth Burckhardt ein Repräsentant des Aachener Steinkohlenbergbaus stand⁴⁸.

Als Versuch einer gemeinschaftlichen Strategie seitens der Bergbauindustrie wurde 1960 die Aktionsgemeinschaft Ruhrbergbau gegründet. Sie hatte den Zweck, die Stilllegung unwirtschaftlicher Schachtanlagen voranzutreiben und zu erleichtern und damit den erforderlichen Konzentrationsprozeß einzuleiten. Doch wurden die dafür erforderlichen Finanzierungsmaßnahmen seitens der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Staat nicht bereitgestellt⁴⁹. Einer der in diesen Krisenjahren führenden Verbandspolitiker, Heinz Reintges, schreibt

Abb. 4: Karikatur zur Absatzkrise im Steinkohlenbergbau, Die Welt, 6. August 1958





Abb. 5: Gewerkschaftliche Protestveranstaltung gegen die Lage im Ruhrbergbau, Oberhausen 1959

über die Maxime der Bergbauindustrie für die Bewältigung der wohl sehr spät als Strukturkrise erkannten Schwierigkeiten: „Die Stabilisierung des Steinkohlenabsatzes auf einem realistischen Niveau war das erste und fundamentale Ziel unseres Konzeptes... Denn sowohl die geordnete Rückführung der bisherigen Kohlenförderung als auch die optimale Rationalisierung der verbleibenden Förderung und damit die Minimierung ihrer Kosten setzen voraus, daß der rückläufige Absatz auf einem gewissen Niveau stabilisiert wurde“⁵⁰.

Tatsächlich hielt sich die Förderung deutscher Steinkohle zwischen 1959 und 1964 auf etwa 140 Mio. t⁵¹. Bis 1964 wurden im Ruhrgebiet zehn Schachtanlagen stillgelegt: 1959 Friedrich Thysen, 1960 Christian Levin, Prinzregent, Dannenbaum, Wilhelmine Victoria, 1961 Friedlicher Nachbar, Alter Hellweg, Klosterbusch, Engelsburg und 1962 die Zeche Bruchstraße⁵². Mit sechs Schachtanlagen der Bochumer Bergbau AG war die Stadt Bochum am stärksten betroffen. Darüber hinaus wurden 40 Einzelzechen zu 20 Großschachtanlagen zusammengefaßt, 9 Zechenkokereien mit einer Förderung von 2,1 Mio. t Koks und 8 Brikettfabriken stellten ihren Betrieb ein. Die Anzahl der Schachtanlagen hatte sich von 175 im Jahre 1956 auf 140 in 1962 und dann auf 95 in 1966 reduziert. Die Zahl der fördernden Abbaubetriebspunkte ging im selben Zeitraum um mehr als die Hälfte zurück.

Zweifellos unternahmen die Bergwerksunternehmen große Anstrengungen zur Minimierung der Kosten und Steigerung der Produktivität. Als Ergebnisse der po-

sitiven Rationalisierung stieg der Anteil der vollmechanisch gewonnenen Kohle an der Gesamtförderung von 15,8 im Jahre 1956 auf 77,1 % in 1966, die Leistung pro Mann und Schicht unter Tage stieg im gleichen Zeitraum von 1580 kg auf 2926 kg, und die Zahl der Beschäftigten sank von 377 841 auf 186 640⁵³. Zu den Maßnahmen der negativen Rationalisierung gehörte die Aufgabe nicht mehr lohnender Flöze und Feldesteile: „Dieses Abwerfen von Lagerstätten stellte eine Vernichtung nicht reproduzierbarer Werte und damit einen unumkehrbaren Vorgang mit schmerzlichen Eingriffen personeller Art dar; denn die Eigenheiten des Steinkohlenbergbaus bringen es mit sich, daß ein Untertagebetrieb nicht eingemottet werden kann wie eine Fabrik“⁵⁴.

Rationalisierungsbemühungen

In der ersten Phase der Bergbaukrise, die von 1957/59 bis 1964/65 anzusetzen ist, wurden zwischen 1957 und 1964 25 Mio. t Förderkapazität stillgelegt⁵⁵. Durch Bundes- und Landesmittel, Gelder der Montanunion und Hilfen der Bergwerksunternehmen gelang die soziale Absicherung der Bergleute ohne tiefgreifende politische oder soziale Folgeschäden. Es gab einen Härteausgleich für Feierschichten, diverse Hilfsmaßnahmen bei Arbeitsplatzwechsel durch Stilllegungen, Wartegeld, Übergangsbeihilfen und Umschulungsbeihilfen bei vorübergehender Arbeitslosigkeit⁵⁶. Nach langer Vorbereitungszeit trat am 1. September 1963 das Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau in Kraft. Die Förderung

von Rationalisierungsinvestitionen und Zahlung von Stilllegungsprämien als wichtigste Ziele des Gesetzes oblagen dem neu gegründeten Rationalisierungsverband des deutschen Steinkohlenbergbaus. Er war eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, dem alle Bergwerksunternehmen mit mehr als 100 000 t Jahresförderung angehörten⁵⁷. Damit wurde nach langem Zögern von der Bundesregierung erstmals ein energie- und wirtschaftspolitisches Instrumentarium eingesetzt, um den Schrumpfungsprozeß im deutschen Steinkohlenbergbau mit öffentlichen Mitteln zu steuern. Die Industriegewerkschaft Bergbau lehnte dieses Instrumentarium allerdings mit der Charakterisierung des Rationalisierungsverbandes als eines „Zechensterbevereins“ ab⁵⁸. Zum 31. Oktober 1964, einer gesetzlich vorgeschriebenen Anmeldepflicht, lagen beim Rationalisierungsverband Stilllegungsanträge für 31 Schachtanlagen und 20 Kleinzechen mit rd. 26 Mio. t vor⁵⁹. Tatsächlich wurden vom Rationalisierungsverband bis Ende 1965 insgesamt 30 Mio. t Jahresförderkapazitäten stillgelegt⁶⁰.

Als im Verlauf des Jahres 1965 die Anzahl der Feierschichten und die Entwicklung der Halden weiter zunahmen und auch die Expansion des Heizöls auf dem Energie- und Haushaltssektor unverändert fortschritt, trat eine grundlegende Wende in der Energiepolitik von Bundesregierung und parlamentarischer Öffentlichkeit ein. Nachdem in den vergangenen Jahren trotz kontinuierlicher Krisenanzeichen ein Förderziel von 140 Mio. t aufrechterhalten und die Flankierung des Absatzes in dieser Größenordnung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zugesagt worden waren, wurde die Aufrechterhaltung eines Förderziels von 140 Mio. t/Jahr offiziell fallengelassen. Der Unternehmensverband Ruhrbergbau kommentierte diesen Richtungswechsel in der Energiepolitik mit großer Bitterkeit, aber auch ziemlicher Ratlosigkeit in seinem Geschäftsbericht so: „Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als habe die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland eine feste Grundlage gefunden. Seit Anfang der 60er Jahre hat die Bundesregierung wiederholt vor dem Bundestag und an anderen Stellen die Versicherung abgegeben, daß alle Mittel der Wirtschaftspolitik dafür eingesetzt werden sollten, daß die Steinkohlenförderung in ihrem damaligen Umfang erhalten bleibe. Eine intensive Rationalisierung war darauf ausgerichtet, sie aus den leistungsfähigsten Zechen zu gewinnen. Diese Zielsetzung bedeutete, daß der Steinkohlenbergbau auf einen Anteil am Wachstum des Energieverbrauchs bis auf weiteres zu verzichten hatte... Als nämlich die

Nachwirkungen des Jahrhundertwinters 1962/63 abgeklungen waren, wurde offenbar, daß das Zusammenspiel der Selbsthilfe des Bergbaus mit energiepolitischen Maßnahmen in dem damaligen Rahmen nicht ausreichte, um Förderung und Absatz auf dem Niveau zu halten, auf dem sie sich im Durchschnitt der Jahre 1959 bis 1964 bewegt hatten. Nun zeigte sich, daß die Bundesregierung ihr erklärtes Ziel, eine jährliche Steinkohlenförderung von etwa 140 Mio. t zu erhalten, nicht mit tragfähigen Maßnahmen unterbaut hatte und sich außerstande sah, ein umfassendes energiepolitisches Konzept, das solche Maßnahmen einschloß, in der noch gegebenen kurzen Frist zu verwirklichen...⁶¹.

Das Jahr 1966 markierte einen neuen Tiefpunkt in der Lage des Steinkohlenbergbaus: Die Fördermenge fiel auf 126 Mio. t und der Absatz auf 117,9 Mio. t ab, die Haldenbestände erreichten eine Rekordhöhe von 15,4 Mio. t⁶². An der Unterlegenheit der heimischen Steinkohle gegenüber Heizöl, Erdgas und Importkohle auf dem Energiemarkt hatte sich nichts geändert. Nachdem sich im Verlauf des Jahres 1966 sowohl im Land Nordrhein-Westfalen (SPD-FDP) wie im Bund (SPD-CDU/CSU) neue Regierungskoalitionen gebildet hatten und damit auch das Ende der liberalistischen Wirtschaftspolitik der Ära Erhard zu Ende gegangen war, erhielten die Bemühungen zur Bewältigung der nunmehr zehn Jahre andauernden Kohlenkrise eine neue Dimension, an deren konzeptioneller Ausgestaltung alle drei betroffenen Gruppen – Staat, Gewerkschaft, Bergbauunternehmen – beteiligt waren. Der 1963 gegründete Rationalisierungsverband hat zwar durch positive und negative Rationalisierungsmaßnahmen eine Produktivitätssteigerung im Steinkohlenbergbau bewirkt und durch individuelle Stilllegungsprämien an seine Mitglieder unrentable Produktionsbereiche abgebaut, aber zur Verbesserung der Unternehmensstrukturen und zur unternehmensübergreifenden Rationalisierung und Konzentrierung hat er nichts beitragen können: „Es bedurfte erst eines gewissen Wandels im Selbstverständnis der sozialen Marktwirtschaft und bergmännischer Unternehmenspolitik, um ein Lenkungsinstrumentarium zu schaffen, das geeignet war, auf die Anpassung der Förderkapazitäten an die Absatzmöglichkeiten hinzuwirken und einen institutionellen Rahmen zu finden, innerhalb dessen es möglich war, die dringende Verbesserung der Unternehmensstruktur durchzusetzen“⁶³.

Die Gründung der Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere am 23. November 1966 ging auf eine Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zurück, Gesellschafter waren über

500 Unternehmen der Industrie, des privaten Bankgewerbes, des Versicherungswesens und des Handels. Neben der finanziellen Erleichterung geordneter Stilllegungen von Stein- und Pechkohlenbergwerken gehörten nun erstmals die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den deutschen Steinkohlenbergbaugebieten, die Ansiedlung neuer Industrie- und Gewerbegebiete in den von der Rezession betroffenen Revierstädten zu den Aufgaben eines solchen Verbandes⁶⁴. Die Weichen für eine neue Energiepolitik durch die Bundesregierung wurden am 24. Mai 1967 mit dem Entwurf des „Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus“ (Kohleanpassungsgesetz) gestellt, währenddessen in Beratungen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 15. Mai 1968 um die Konturen der zukünftigen Neuordnung des Ruhrbergbaus in der „Konzentrierte Aktion Kohle“ heftig gerungen wurde.

Gründung der Ruhrkohle AG

Die Beteiligten an der Aktion – Bundeswirtschaftsministerium, Landesregierung NRW, IG Bergbau und Energie und Bergbauunternehmen – beschlossen am 14. Juni 1968 die Bildung der späteren Ruhrkohle AG. Konzepte, Pläne und Modelle, teilweise in immer neuen Variationen und Abwandlungen, wurden auch von der Bergbauunternehmensseite vorgelegt, nachdem die IG Bergbau und Energie mit ihren Neuordnungsvorstellungen sehr frühzeitig politisch aktiv geworden war⁶⁵. Es gab u. a. den Söhngen-Plan, den Ochel-Plan, den Müller-Armack-Plan, den Walsum-Plan⁶⁶. Sie unterschieden sich je nach dem ord-

nungspolitischen Standort und den wirtschaftlichen Interessen ihrer Urheber in der Prioritätensetzung ihrer eher sozialpolitischen, ökonomischen oder konzerntpolitischen Ziele. Die umstrittensten Verhandlungsgegenstände waren das Grundstückseigentum, die Kraftwerksübernahme und der Geltungsbereich der Mitbestimmung.

Unter maßgeblicher Beteiligung von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller wurde am 27. November 1968 die Ruhrkohle AG als Einheitsgesellschaft des Ruhrbergbaus gegründet. Am 18. Juli 1969 wurde der Grundvertrag zwischen Bundeswirtschaftsministerium, Ruhrkohle AG und 24 Bergbau-Altgesellschaften abgeschlossen. Damit waren 94% der Förderung des Ruhrreviers und 75% der deutschen Steinkohlenförderung in einer Gesellschaft zusammengeschlossen, deren Aktionäre die Altgesellschaften waren. In der neuen Einheitsgesellschaft waren 52 Schachtanlagen, 29 Zechenkokereien, 5 Brikettfabriken sowie 20 der Eigenversorgung dienende Zechenkraftwerke zusammengeschlossen⁶⁷; sie beschäftigte 186 000 Mitarbeiter. Außen vor blieben die Ruhrzechen des Eschweiler Bergwerks-Vereins (Schachtanlagen Erin, Herbede und Westfalen) und die Zeche Auguste Victoria der BASF. Die Ruhrkohle AG war das Ergebnis eines Prozesses der „korporativen Entscheidungsfindung“ (Werner Abelshäuser).

Anhaltende Strukturkrise

Doch die Krise des deutschen Steinkohlenbergbaus fand damit kein Ende. Die Förderung belief sich 1971 auf ca. 110 Mio. t und fiel 1973 erstmals auf unter

Abb. 6: Walter Arendt, Vorsitzender der IGBE, bei einer Kundgebung der Gewerkschaft für die Errichtung einer Einheitsgesellschaft im Ruhrbergbau, Oktober 1968





Abb. 7: Auf Halde gelagerte Kohle als Zeugnis für die Absatzkrise, 1966

100 Mio. t ab, 1978 erreichte sie mit 83,9 Mio. t ihren tiefsten Stand⁶⁸. Daran änderten auch kurzfristige Absatz- und Ertragsverbesserungen unmittelbar nach der Ölkrise vom Winter 1973/74 und ein Stahlboom Mitte der 70er Jahre nichts. Während zwischen März 1969 und März 1971 keine Zeche im deutschen Steinkohlenbergbau stillgelegt wurde, mußten bis Dezember 1976 erneut 28 Schachtanlagen mit 34 Mio. t Förderung geschlossen werden⁶⁹.

In ihren Energieprogrammen zwischen 1973 und 1977 wurde von einer Stabilisierung des Förderniveaus von ca. 94 Mio. t ausgegangen, das zunächst bis 1980 reichen sollte. Die Verstromungsgesetze und die Kokskohlenbeihilfe waren staatliche Instrumente zur langfristigen Sicherung des Absatzes heimischer Steinkohle. Dagegen gingen die Absatzeinbußen auf dem Wärmemarkt, also in den Haushalten und im gewerblichen Sektor, auch zu Beginn der 80er Jahre zugunsten anderer Energieträger, vor allem des Mineralöls, massiv weiter. 1981 hatte die einheimische Steinkohle an der Deckung des Primärenergiebedarfs noch einen Anteil von 18%. Während sich die deutsche Stahlindustrie nahezu vollständig mit deutscher Steinkohle versorgte, lag ihr Einsatz in der Stromerzeugung bei rd. 26%. Damit setzten Stahlindustrie und Elektrizitätswirtschaft mehr als vier Fünftel der deutschen Steinkohlenförderung ein⁷⁰.

Optimistisch klang zu Beginn der 80er Jahre die Einschätzung der Bergbauindustrie über die Chancen bzw. die Zukunft des deutschen Steinkohlenbergbaus: „Die Produktion des deutschen Steinkohlenbergbaus liegt gegenwärtig unter 90 Mio. t SKE/Jahr. In der Dritten Fortschreibung ihres Energieprogramms erwartet die Bundesregierung, daß dieser Versorgungsbeitrag auch für den

Rest des Jahrhunderts gehalten wird. Grundsätzlich steht einer Stabilisierung oder auch einer allmählichen Wiederausweitung der deutschen Steinkohlenförderung nichts entgegen“⁷¹.

Anmerkungen

- 1 Abelshäuser 1984, S. 15 ff.; Kroker 1986, S. 12; Schlieper 1986.
- 2 Unverferth, Gabriele: Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung, Bochum 1979, ms., S. I. Dieses Thema bedarf noch der wissenschaftlichen Detailanalyse.
- 3 Natzel 1957; Milert 1984, S. 107 ff.
- 4 Verordnungen der Militärregierung Nr. 112 für das britische und Nr. 19 für das amerikanische Kontrollgebiet, in: Bergbau-Archiv beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum (fortan: BBA), 12/50.
- 5 Kroker/Ragenfeld 1980; Kroker 1980.
- 6 Unverferth, Gabriele: Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung, Bochum 1979, ms., S. II ff.
- 7 Gebhardt 1957, S. 58; Milert 1984.
- 8 Vgl. z. B. Niederschrift über eine Betriebsbesprechung auf der Zeche Osterfeld, Oberhausen, Juni 1945, in: BBA, 30/268.
- 9 Vgl. z. B. die Bekanntmachung des Landesarbeitsamtes Westfalen-Lippe zur Einhaltung der Arbeitsdisziplin, 1946, in: ebd., S. 789.
- 10 Gebhardt 1957, S. 59.
- 11 Bäume 1949; Kroker 1986, S. 44 ff.
- 12 Milert 1984, S. 114.
- 13 Borsdorf 1979, S. 360 ff.
- 14 Kleßmann/Friedemann 1977.
- 15 Abelshäuser 1984, S. 30.
- 16 Grundlegend zum Problem der Neubelegte: Rosemann 1987; ders. 1984.
- 17 Schunder 1959, S. 184.
- 18 Heinrichsbauer 1948, S. 47.
- 19 Heinrich Kost: Der Bergbau in der Bundesrepublik seit 1945, in: BBA, 12/373.
- 20 Vgl. grundsätzlich Hoebink 1980.
- 21 Kost 1954.
- 22 Kroker, Evelyn: Heinrich Kost, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 12, Berlin 1980, S. 620.
- 23 Unverferth, Gabriele: Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung, Bochum 1979, ms., S. I.
- 24 Abelshäuser 1984, S. 50 ff.
- 25 Adamsen 1981, S. 84 f.
- 26 Kroker 1992.
- 27 Dewall 1951; Regul 1953; Burckhardt 1963, S. 57–63.

- 28 Müller-List 1982; dies. 1984 a und b; Ranft 1988.
- 29 Lüders 1984.
- 30 Adamsen 1981.
- 31 Heinrich Kost: Die Kohlenwirtschaft des Bundesgebietes im Jahre 1952, in: BBA, 12/563.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.; Herchenröder/Schäfer/Zapp 1953, S. 53; Göhler 1954, S. 52.
- 34 Abelshäuser 1984, S. 81.
- 35 Keyser 1952; Natzel 1956; vgl. auch Kegel 1965, S. 11–42.
- 36 Abelshäuser 1984, S. 86.
- 37 Jahresbericht des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau für die Jahre 1955–1957.
- 38 Abelshäuser 1984, S. 87.
- 39 Jahresbericht des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau für die Jahre 1955–1957, S. 1.
- 40 Ebd., S. 25.
- 41 Böhmert 1988, S. 24–39.
- 42 Abelshäuser 1985; Horn 1977.
- 43 Spiegelberg 1970, S. 36 f.
- 44 Abelshäuser 1984, S. 92.
- 45 Böhmert 1988, S. 36 f.
- 46 Abelshäuser 1979, S. 427; vgl. auch Bahl 1977.
- 47 Abelshäuser 1988, S. 427; Ranft 1988, S. 90 f.; Martiny/Schneider 1981, S. 95.
- 48 Burckhardt war Vorsitzender des Vorstandes des Eschweiler Bergwerks-Vereins (EBV) mit Sitz in Kohlscheid b. Aachen. Der EBV war mit 76 % an der Bergbau AG Lothringen in Bochum beteiligt, die mit den Ruhrzechen Lothringen, Graf Schwerin und Herbede eine vergleichsweise kleine Bergwerksgesellschaft war.
- 49 Böhmert 1988, S. 40.
- 50 Reintges 1989, S. 88; vgl. dazu auch Arbenz 1963; Ziranka 1964.
- 51 1959: 141,7; 1960: 142,3; 1961: 142,7; 1962: 141,1; 1963: 142,1; 1964: 142,2; – vgl. Abelshäuser 1988, S. 416.
- 52 Angaben bei Böhmert 1988, S. 41.
- 53 Ebd.; Schmidt 1967, S. 139 f.
- 54 Böhmert 1988, S. 40; grundsätzlich vgl. dazu Lange 1961; Hentrich/Zydek 1964.
- 55 Martiny/Schneider 1981, S. 423.
- 56 Ranft 1988, S. 51 f.; vgl. Schmidt 1967.
- 57 Burckhardt 1981, S. 17 f.
- 58 Spiegelberg 1970, S. 106.
- 59 Abelshäuser 1988, S. 430.
- 60 Burckhardt 1981, S. 19.
- 61 Jahresbericht Unternehmensverband Ruhrbergbau, 1964–1966, S. 11.
- 62 Abelshäuser 1988, S. 416.
- 63 Kuhnke 1969, S. 32.
- 64 Grundsätzlich vgl. Böhmert 1988.
- 65 Ranft 1988, S. 90 ff.
- 66 Einzelheiten bei Kuhnke 1969, S. 32–39.
- 67 Böhmert 1988, S. 83; vgl. auch Kuhnke 1970.
- 68 Böhmert 1988, S. 84; Burckhardt 1981, S. 28.
- 69 Wirtschaftsvereinigung Bergbau 1983, S. 13.
- 70 Ebd., S. 15.

Bibliographie

- ABELSHAUSER, Werner:
- 1979 Von der Kohlenkrise zur Gründung der Ruhrkohle AG, in: Mommsen, Hans/Borsdorf, Ulrich (Hrsg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 415–443.
 - 1984 Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945, München 1984.
 - 1985 Kohle und Marktwirtschaft. Ludwig Erhards Konflikt mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau am Vorabend der Kohlenkrise, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33, 1985, S. 489–546.

- ADAMSEN, Heiner R.:
1981 Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948–1952, Wuppertal 1981.
- ARBENZ, Karl G.:
1963 Wirtschaftliche und soziale Probleme bei der Stilllegung von Steinkohlenczechen, Essen 1963.
- BÄUMER, Heinrich:
1949 Die Anspornpläne im Kohlenbergbau, in: Glückauf 85, 1949, S. 501–506.
- BAHL, Volker:
1977 Staatliche Politik am Beispiel der Kohle, Frankfurt/New York 1977.
- BÖHMERT, Gerhard:
1988 Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere. Ihre Rolle im Strukturwandel des deutschen Steinkohlenbergbaus, Düsseldorf 1988.
- BORSODORF, Ulrich:
1979 Speck oder Sozialisierung? Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau 1945–1947, in: Mommsen, Hans/Borsdorf, Ulrich (Hrsg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 345–366.
- BURCKHARDT, Helmut:
1963 Der Energiemarkt in Europa. Energiewirtschaftliche und energiepolitische Beiträge zur Diskussion der Gegenwart, Basel/Tübingen 1963.
1981 25 Jahre Kohlepolitik, Baden-Baden 1981.
- DEWALL, Hans Werner von:
1951 Schuman-Plan und Bergbau, in: Bergfreiheit 16, 1951, S. 1–5.
- GEHARDT, Gerhard:
1957 Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957.
- GÖHLER, Günter:
1954 Wirtschaftliche Zeittafel des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, Bd. 1: 1923–1953, Essen 1954.
- HEINRICHSBAUER, August:
1948 Der Ruhrbergbau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Essen 1948.
- HENTRICH, Werner/ZYDEK, Hans:
1964 Das Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau, in: Glückauf 100, 1964, S. 51–63.
- HERCHENRÖDER, K. H./SCHÄFER, J./ZAPP, M.:
1953 Die Nachfolger der Ruhrkonzerne, Düsseldorf 1953.
- HOEBINK, Heinz:
1980 Demontage in Nordrhein-Westfalen 1947–1950, in: Westfälische Forschungen 30, 1980, S. 47–59.
- HORN, Manfred:
1977 Die Energiepolitik der Bundesregierung von 1958 bis 1972, Berlin 1977.
- KEGEL, Karl-Ernst:
1965 Die Verbindung der Bergwerksgesellschaften im Ruhrgebiet zu anderen Industriezweigen seit der Neuordnung der Besitzverhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg, Staatswiss. Prüfungsarbeit o. O. 1965, ms., vorhanden Bibliothek Deutsches Bergbau-Museum Bochum.
- KEYSER, Theobald:
1952 Die Bildung von „Einheitsgesellschaften“ im Ruhrbergbau nach dem Gesetz Nr. 27, in: Jahrbuch des deutschen Bergbaus, Essen 1952, S. 1–13.
- KLESSMANN, Christoph/FRIEDEMANN, Peter:
1977 Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948, Frankfurt/New York 1977.
- KOST, Heinrich:
1954 Die Tätigkeit der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung. Schlußbericht, in: Glückauf 90, 1954, S. 89–106.
- KROKER, Evelyn:
1980 Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat – Gründung, Organisation, Strukturprobleme, in: Der Anschnitt 32, 1980, S. 165–176.
1986 Der Arbeitsplatz des Bergmanns, Bd. 2: Der Weg zur Vollmechanisierung, Bochum 1986 (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum. 37; Schriften des Bergbau-Archivs. 4).
1992 Small Scale Coal Mining in the Ruhr since 1945/Der Kleinbergbau nach 1945, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Sozialgeschichte des Bergbaus im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge des Internationalen Kongresses zur Bergbaugeschichte Bochum, München 1992, S. 445–458.
- KROKER, Evelyn/RAGENFELD, Norma v.:
1980 Findbuch zum Bestand 33: Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat 1893–1945, Bochum 1980 (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum. 19; Schriften des Bergbau-Archivs. 3).
- KUHNKE, Hans-Helmut:
1969 Die Ruhrkohle AG im Rahmen der Neuordnung des Steinkohlenbergbaus, in: Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie, Essen 1969, S. 13–55.
1970 Ruhrkohle in der Marktwirtschaft, in: Glückauf 106, 1970, S. 799–805.
- LANGHE, Fritz:
1961 Die Ergebnisse der Rationalisierungsbemühungen im westeuropäischen und westdeutschen Steinkohlenbergbau, in: Glückauf 97, 1961, S. 1241–1245.
- LÜDERS, Carsten:
1984 Die Regelung der Ruhrfrage in den Verhandlungen über die politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949, in: Petzina, Dietmar/Euchner, Walter (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945 bis 1949, Düsseldorf 1984, S. 87–1034.
- MARTINY, Martin/SCHNEIDER, Hans-Jürgen (Hrsg.):
1981 Deutsche Energiepolitik seit 1945, Köln 1981.
- MILERT, Werner:
1984 Die verschenkte Kontrolle. Bestimmungsgründe der britischen Kohlenpolitik im Ruhrbergbau 1945–1947, in: Petzina, Dietmar/Euchner, Walter (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945 bis 1949, Düsseldorf 1984, S. 105–119.
- MÜLLER, Gloria:
1987a Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht, Unternehmer, Gewerkschaften, Düsseldorf 1987.
1987b Entstehung und Entwicklung der Mitbestimmung/Montanmitbestimmung. Ein Überblick über die historische Forschung, in: Borsdorf, Ulrich/Müller, Gloria (Hrsg.): Beiträge zur Mitbestimmungsdiskussion, Düsseldorf 1987, S. 5–12.
- MÜLLER-LIST, Gabriele:
1982 Die Entstehung der Montanmitbestimmung, in: Först, Walter (Hrsg.): Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung, Köln 1982, S. 121–142.
1984 Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, Düsseldorf 1984 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 4. Reihe: Deutschland seit 1945. 1).
- NATZEL, Benno:
1956 Die Neuordnung des deutschen Steinkohlenbergbaus. Ein Bericht über sein Schicksal, Bochum 1956.
1957 Die Neuordnung des deutschen Steinkohlenbergbaus. Ein Beitrag zur Geschichte des Ruhrbergbaus, in: Glückauf 93, 1957, S. 789–797.
- RANFT, Norbert:
1988 Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988.
- REGUL, Rudolf:
1953 Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in: Jahrbuch des deutschen Bergbaus, Essen 1953, S. 17–41.
- REINTGES, Heinz:
1989 Wendezeiten, Essen 1989.
- ROSEMAN, Mark:
1987 New Miners in the Ruhr. Rebuilding the workforce in Ruhr-Mines, 1945–1958, Ph. D. thesis, University of Warwick 1987, ms.
1984 Arbeiter in Bewegung. Neubergleute im Ruhrrevier 1945–1958, in: Niethammer, Lutz/Hombach, Bodo/Fichter, Tilmann/Borsdorf, Ulrich (Hrsg.): Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst. Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, Berlin/Bonn 1984, S. 192–195.
- SCHLIEPER, Andreas:
1986 150 Jahre Ruhrgebiet, Düsseldorf 1986.
- SCHMIDT, Claus-Dieter:
1967 Die Krise im Steinkohlenbergbau und ihre soziale Problematik unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebietes, Diss. Münster 1967, ms.
- SCHUNDER, Friedrich:
1959 Tradition und Fortschritt. Hundert Jahre Gemeinschaftsarbeit im Ruhrbergbau, Stuttgart 1959.
- SPIEGELBERG, Friedrich:
1970 Energiemarkt im Wandel. Zehn Jahre Kohlenkrise, Baden-Baden 1970.
- WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG BERGBAU (Hrsg.):
1983 Das Bergbau-Handbuch, 4. Aufl., Essen 1983.
- ZIRANKA, Josef:
1964 Die Auswirkungen von Zechenstilllegungen und Rationalisierungen im Steinkohlenbergbau auf die Wirtschaftsstruktur ausgewählter Gemeinden im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet, Köln/Opladen 1964.

Anschrift der Verfasserin:

*Dr. Evelyn Kroker, M. A.
Bergbau-Archiv
beim Deutschen Bergbau-Museum
DMT-Gesellschaft
für Lehre und Bildung mbH
Am Bergbaumuseum 28
W-4630 Bochum 1*